

Magazin

DGB-Jugend-Studie

Pandemie führt zu deutlich mehr Verstößen in der Berufsausbildung

Die Corona-Pandemie hat zu deutlich mehr Verstößen gegen Mindeststandards in der beruflichen Ausbildung geführt. Das belegt die Corona-Ausbildungsstudie der DGB-Jugend, für die das Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz (ISM) zwischen Februar und März 2021 insgesamt 1035 Auszubildende befragt hat. Einen großen Anstieg gab es demnach bei den ausbildungsfremden Tätigkeiten, deren Anteil sich seit der Pandemie verdoppelt hat: Fast ein Viertel der Auszubildenden muss »immer« oder »häufig« Tätigkeiten erledigen, die in der Ausbildung nicht vorgesehen sind. Zudem werden 57,6 Prozent der Azubis »immer« oder »häufig« als volle Arbeitskraft eingesetzt, obwohl die Berufsausbildung ein Lernverhältnis und kein klassisches Arbeitsverhältnis ist.

Krisenbedingte Gehaltskürzungen musste fast jeder vierte Azubi in Kauf nehmen, obwohl dafür keine Rechtsgrundlage besteht. In kleinen Betrieben (fünf bis zehn Beschäftigte) waren es sogar 37,9 Prozent. Darüber hinaus gab fast jeder Fünfte an, dass ihm seit Beginn der Corona-Pandemie mindestens einmal der Urlaub gekürzt wurde. Bei der Mehrheit der Betroffenen (61,6 Prozent) ging es dabei um bis zu fünf Urlaubstage.

Die Befragung zeigt auch, dass ein Drittel der Azubis »immer« oder »häufig« Überstunden machen muss; die meisten (fast 80 Prozent) bis zu fünf Stunden pro Woche, wobei auch mehr als 20 Überstunden pro Woche vorkommen. Neben der Mehrarbeit sind auch sogenannte »Minusstunden« in der Pandemie von Bedeutung: Fast ein Viertel der Befragten muss Minusstunden ansammeln, wenn die Ausbildung aus betrieblichen Gründen ausfällt. Von diesen Auszubildenden müssen 83 Prozent die Minusstunden voll (55,2 Prozent) oder zumindest zum Teil (27 Prozent) nacharbeiten, obwohl weder Überstunden noch Minusstunden im Berufsbildungsgesetz vorgesehen sind.

Mehr als ein Drittel der Befragten befürchtet, die Ausbildung nicht erfolgreich abschließen zu können, weil Ausbildungsinhalte nicht vermittelt wurden. Insbesondere mit dem Fernunterricht sind viele unzufrieden, 52,7 Prozent bemängeln die digitale Ausstattung der Berufs-



schulen. Von den Azubis, die einen Teil der Ausbildung im Homeoffice absolviert haben, stand nur einem Drittel immer ein Ausbilder zur Verfügung, obwohl die fortlaufende Betreuung im Berufsbildungsgesetz vorgeschrieben ist. Die für die Ausbildung notwendigen Materialien und Geräte wie Laptops haben nur 35 Prozent der Befragten von ihren Betrieben zur Verfügung gestellt bekommen. Jeder Fünfte bekam überhaupt keine Arbeits- und Lernmittel für den Fernunterricht gestellt.

Angesichts dieser Ergebnisse fordert der DGB regelmäßige Kontrollen in den Ausbildungsbetrieben und eine unbefristete Übernahme nach der Ausbildung. Zudem müssten die beruflichen Schulen technisch und personell aufgerüstet werden, damit die Jugendlichen bei der Digitalisierung nicht abgehängt werden. Auch eine gesetzliche Ausbildungsgarantie sei zwingend notwendig, um den drohenden Fachkräftemangel nach der Pandemie abzuwenden. Auf dem Ausbildungsmarkt wurden 2020 erstmals seit über 40 Jahren weniger als 500 000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen.

www.dgb.de/themen/++co++1afed10c-04d5-11ec-9610-001a4a160123

Inklusion

Bundesländer verstoßen gegen UN-Konvention

Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz verstoßen mit ihrer Schulpolitik gegen die UN-Behindertenrechtskonvention, während Bundesländer wie Bremen, Hamburg oder Schleswig-Holstein bei der Umsetzung der Inklusion in der Schule deutliche Fortschritte gemacht haben. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), die den aktuellen Stand der Inklusion in den Bundesländern untersucht hat. Das Forschungsteam hat sich dabei an vier zentralen Anforderungen orientiert, die aus Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention abgeleitet wurden:

Verfügbarkeit inklusiver Bildung: Kinder mit Förderbedarf haben den Anspruch, in einer nahegelegenen Schule gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern ohne Behinderung unterrichtet zu werden. In der Mehrheit der Bundesländer ist das bereits der Fall. Schlecht schneiden diesbezüglich Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz ab, wo eine inklusive Bildung nicht flächendeckend gegeben ist.

Diskriminierungsfreier Zugang zu inklusiven Schulen: Die UN-Konvention fordert einen gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zum allgemeinen Bildungssystem, der momentan nur in Bremen und Hamburg gewährleistet ist. Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt erfüllen diesen Anspruch nicht. Auch zwölf Jahre nach der Ratifikation der UN-Konvention gibt es in diesen Bundesländern keinen klaren Vorrang des gemeinsamen Un-

terrichts. Die gemeinsame Beschulung ist zwar bei der Mehrheit der Länder im Schulgesetz festgeschrieben, wird aber wegen mangelnder Ressourcen oder sonstiger Vorbehalte oft eingeschränkt.

Angemessenheit des Schulangebots: Die Ressourcen für den gemeinsamen Unterricht werden in vielen Bundesländern nicht klar definiert. In Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz sowie im Saarland fehlt eine konkrete Finanzierung der inklusiven Beschulung im Schulrecht. Und für die einzelnen Förderschwerpunkte fehlen konkrete Richtwerte, an denen sich die Zuweisung sonderpädagogischer Förderung orientieren kann. Die Daten aus mehreren Bundesländern weisen allerdings auf eine systematische Unterausstattung der allgemeinen Schulen gegenüber Förderschulen hin.

Anpassungsfähigkeit des Schulsystems: Eine Transformation der Förderschulen in inklusive Regelschulen hat bislang nur in Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein stattgefunden. Die anderen Länder halten mit dem Verweis auf das Elternwahlrecht am Förderschulsystem fest. Damit wird die Entscheidung über den gemeinsamen Unterricht den Erziehungsberechtigten übertragen, was laut Studie mit der UN-Konvention unvereinbar ist. Zudem ist bei der Ausübung des Elternwahlrechts eine starke soziale Schieflage zu befürchten: Kinder aus sozial benachteiligten oder migrantischen Elternhäusern sind an Förderschulen überproportional vertreten.

Sebastian Steinmetz/Michael Wrase/Marcel Helbig/Ina Döttinger (2021): Die Umsetzung schulischer Inklusion nach der UN-Behindertenrechtskonvention in den deutschen Bundesländern

Die Studie ist als Open-Access-Publikation im Nomos-Verlag erschienen:
www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748924401.pdf?download_full_pdf=1



Bildung in Zahlen

12 800

Dollar hat Deutschland pro Bildungsteilnehmer im Jahr 2018 für Kitas, Schulen und die berufliche Ausbildung ausgegeben. Der Durchschnitt der OECD-Staaten liegt bei 10 500 Dollar. Bei den Hochschulen belaufen sich die Ausgaben auf 19 300 Dollar pro Bildungsteilnehmer; der OECD-Schnitt beträgt 17 100 Dollar. Insgesamt hat Deutschland 4,3 Prozent seines Bruttoinlandprodukts (BIP) in Bildung investiert; der OECD-Schnitt liegt bei 4,9 Prozent.

Quelle: OECD-Bericht »Bildung auf einen Blick 2021«

OECD-Studie

»Bildung auf einen Blick 2021«

Die OECD-Studie »Bildung auf einen Blick 2021« verzeichnet erhebliche Defizite in den Bildungssystemen vieler Länder. Demnach hat ein Fünftel der Erwachsenen in den OECD-Staaten keine abgeschlossene Berufsausbildung oder kein Abitur; in Deutschland liegt dieser Wert bei den 25- bis 64-Jährigen 2020 bei rund 14 Prozent. Der Anteil der Geringverdiener unter den Geringqualifizierten ist dabei mit 43 Prozent so hoch wie in fast keinem anderen OECD-Land. Nur Norwegen schneidet diesbezüglich noch schlechter ab.

Ein Migrationshintergrund schmälert nach wie vor die Bildungschancen – sowohl in Hinblick auf den Schulerfolg als auch in Hinblick auf die Beschäftigungsaussichten. Darüber hinaus verdienen qualifizierte Migranten in der Regel weniger als Personen ohne Migrationshintergrund. Auch die geschlechtsspezifischen Unterschiede bleiben groß. Jungen wiederholen eher eine Klasse als Mädchen, haben häufiger eine geringere Lesekompetenz und schließen seltener die weiterführende Schule ab. Sie entscheiden sich eher für eine Berufsausbildung als für ein Studium und bilden sich im OECD-Schnitt seltener fort. Dennoch sind Frauen – unabhängig vom Bildungsstand – in allen OECD-Ländern seltener beschäftigt als

Männer und verdienen weniger, selbst wenn sie ähnliche Abschlüsse haben.

In einer Sonderbroschüre geht der Bildungsbericht auch auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie ein. Dabei zeigt sich, dass Deutschland 2021 viel stärker von Schulschließungen betroffen war als andere Länder: Die Grundschulen hatten mit 40 Tagen mehr als doppelt so oft geschlossen wie im Länder-Durchschnitt (19 Tage), bei der Sekundarstufe I liegt dieser Anteil mit 60 Tagen gegenüber 27 Tagen noch höher. Auf ein Schuljahr bezogen sind in den OECD-Ländern im Schnitt 28 Prozent der Unterrichtszeit in der Vorschule und mehr als 56 Prozent der Unterrichtszeit in der Sekundarstufe II ausgefallen.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) hat angesichts der Studie darauf hingewiesen, dass der Lehrkräftemangel in Deutschland weiterhin ein Problem bleibt. Im OECD-Durchschnitt seien 35 Prozent der Lehrkräfte älter als 50 Jahre und würden in den nächsten Jahren aus dem Arbeitsleben ausscheiden. In Deutschland seien die Werte an den Grundschulen (36 Prozent für Deutschland; 33 Prozent im OECD-Schnitt) und vor allem an den Schulen der Sekundarstufe I (43 Prozent für Deutschland; 36 Prozent OECD-Schnitt) signifikant höher.

www.oecd.org/publications/bildung-auf-einen-blick-19991509.htm

Hirnforschung

Gesten helfen beim Fremdsprachenlernen

Der motorische Kortex steuert die willkürlichen Bewegungen des Körpers, kann aber auch dazu beitragen, fremdsprachige Vokabeln schneller zu lernen und in die Muttersprache zu übersetzen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie der TU Dresden, die jüngst in der Fachzeitschrift »Journal of Neuroscience« erschienen ist. Die Daten belegen, dass Lerntechniken, die das Ausführen von Gesten beinhalten, das Lernen beschleunigen.

Für die Studie mussten die Probanden in einem vier-tägigen Training fremdsprachige Vokabeln lernen, die sie mit semantisch verwandten Gesten verbanden. Nach dem Training hörten sie die gelernten Wörter und sollten diese in ihre Muttersprache übersetzen. Bei einem Teil der Probanden wurde die Verarbeitung im motorischen Kortex jedoch mithilfe der transkraniellen Magnetstimulation (TMS) gestört, einer neurowissenschaftlichen

Technik, bei der Magnetimpulse bestimmte Hirnareale beeinflussen. Dadurch verlangsamte sich – im Gegensatz zur Kontrollgruppe – die Übersetzung von Wörtern, die mit Gesten gelernt wurden.

Das Ergebnis deutet darauf hin, dass der Einsatz von Gesten dabei helfen kann, eine Fremdsprache schneller zu lernen. Schon nach kurzer Zeit zeigte sich, dass das gestenbasierte Training zur Übersetzung der fremdsprachlichen Vokabeln beitrug. »Interessanterweise trat dieser Effekt sowohl bei konkreten Wörtern wie ›Geige‹ als auch bei abstrakten Wörtern wie ›Demokratie‹ auf. Augenscheinlich hängt unser Gedächtnis für kürzlich gelernte Fremdsprachenwörter von dem sensomotorischen Kontext ab, in dem die Wörter während des Lernens erlebt wurden«, resümiert Brian Mathias, Professur für Kognitive und Klinische Neurowissenschaft an der TU Dresden.

Brian Mathias/Andrea Waibel/Gesa Hartwigsen/Leona Sureth/Manuela Macedonia/Katja M. Mayer/Katharina von Kriegstein: Motor cortex causally contributes to vocabulary translation following sensorimotor-enriched training. In: Journal of Neuroscience, 24 August 2021, DOI: 10.1523/JNEUROSCI.2249-20.2021

Ganztag

Verbände fordern nachhaltige Finanzierung

Der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung in Schulen soll vom Schuljahr 2026/27 an zunächst für Kinder der ersten Klassenstufe gelten und in den Folgejahren schrittweise um je eine Klassenstufe ausgeweitet werden. Offen bleibt jedoch, ob bis dahin genug qualifiziertes Personal für den Ganztag bereitsteht. Eine pädagogisch anspruchsvolle Betreuung der Kinder am Nachmittag sei in der bisherigen Finanzierung jedenfalls nicht vorgesehen, moniert Udo Beckmann. Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) fordert angesichts dessen eine massive Kampagne zur Personalgewinnung. Zudem bedauert Beckmann, dass Länder wie Hamburg, die bereits ein gutes Ganztagsangebot haben,

»abgestraft« würden, da sie nicht in die Verbesserung ihres Angebots investieren dürften, sondern lediglich die Möglichkeit hätten, laufende Betriebskosten abzusetzen. »Das wiegt den fehlenden Innovationsimpuls in diesen Ländern aber nicht auf.«

Auch der dbb-Beamtenbund fordert eine nachhaltige Finanzierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung. Dabei müsse nicht nur in mehr Personal, sondern auch in mehr Räumlichkeiten investiert werden. »Ohne eine Aufwertung des Berufs sowie angemessene Bezahlung und Arbeitsbedingungen droht das System zu kollabieren«, warnt Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des dbb.

DIW-Studie

Junge Väter hadern mit der Gleichberechtigung

Westdeutsche Väter mit jungen Kindern sprechen sich seit der Corona-Pandemie deutlich seltener für die Erwerbstätigkeit von Müttern aus. Das zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und der Freien Universität Berlin. Befürworteten im Jahr 2016 noch 60 Prozent der Väter mit jungen Kindern, dass Mütter arbeiten gehen, so taten dies ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie nur noch 54 Prozent. Diesen Rückgang konnte das Forschungsteam zumindest für Väter in Westdeutschland auf die vorübergehenden Kita- und Schulschließungen zurückführen. Für ostdeutsche

Väter und für Mütter insgesamt ließen sich diesbezüglich keine Effekte nachweisen.

In Westdeutschland ist der Anteil der Väter mit sehr egalitären Geschlechterrollenansichten demnach um sieben Prozentpunkte gesunken, von 56 Prozent im Jahr 2016 auf 49 Prozent im Jahr 2021. Ein Grund dafür könnte sein, dass egalitäre Einstellungen zur mütterlichen Erwerbstätigkeit im Westen weniger gefestigt sind: Der Kita-Ausbau und eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen haben dort erst viel später stattgefunden.

www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.823622.de/21-34-1.pdf



Materialien

Service-Portal für Auslandspraktika

Das neue Service-Portal *MeinAuslandspraktikum.de* der Nationalen Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung bündelt alle Angebote zum Thema Auslandsaufenthalte in der Berufsbildung. Azubis können sich kostenfrei beraten lassen und erhalten Tipps und Hilfestellungen für die Planung ihres Auslandsaufenthaltes – von Versicherungen über die Unterbringung bis hin zu notwendigen Sprachkenntnissen. Darüber hinaus informiert das Portal über Fördermöglichkeiten und hilft bei der Suche nach Praktikumsplätzen für Stipendien des europäischen Bildungsprogramms Erasmus+.

www.meinauslandspraktikum.de

»Digitalisierung in Schulen«

Smartphones, Tablets und andere digitale Geräte haben eine große Bedeutung in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Wird der Bildungsauftrag der Schule dieser Entwicklung gerecht? Was braucht es als Schule, um sich auf den Weg zu machen? Wo bleibt dabei die Pädagogik? Wie gelingt es, die klassische Didaktik mit digitalen Medien anzureichern? In dem Film »Digitalisierung in Schulen« geben Dr. Sarah Henkelmann vom Netzwerk Digitale Bildung, Prof. Dr. Stefan Aufenanger von der Universität Mainz und Prof. Dr. Rudolf Kammerl von der Universität Erlangen-Nürnberg Tipps und Anregungen, wie sich die Digitalisierung in der Schule erfolgreich umsetzen lässt.



Digitalisierung in Schulen. Mit Mut in die Zukunft
2021, Laufzeit 55 Min., € 34

www.av1-shop.de/schul-paedagogik/filme/525/digitalisierung-in-schulen?c=91

Tierschutz und Tierrechte

Der Film »Wovon träumen ›Nutz‹tiere?« der Tierschutzorganisation Animals' Angels soll Kinder für Tierrechte und Tierschutz sensibilisieren. Am Beispiel der Ziege Charlie aus Äthiopien, der Kuh Bella aus Tschechien und des Huhns Miss Daisy aus Indien zeigt er, wie Nutztiere in unterschiedlichen Ländern gehalten werden. Dabei geht er auch auf Themen wie Tierschutz, Tiertransport, Herkunft von Fleisch, Milch und Eiern sowie Umwelt- und Klimaschutz ein. Der Film richtet sich an Grundschulkindern und wirbt mit einer kindergerechten Darstellung.

www.animals-angels.de/kinderfilm

Der digitale Stuhlkreis

Der digitale Stuhlkreis bietet vorgefertigte Fragensets für den didaktischen Einsatz an – ob als klassische Check-In- oder Check-Out-Runde, für das gegenseitige Kennenlernen oder die Reflexion einer zurückliegenden Teamarbeit. Das Webtool ist für den Einsatz im Unterricht, in Konferenzen und in der Gremienarbeit geeignet, lässt sich aber auch in Einzelsettings wie Coachings anwenden. Die Fragensets umfassen – je nach Kategorie – zwischen 15 und 100 Fragen. Das methodische Prinzip ist dabei immer dasselbe: Man wählt auf der oberen Menüleiste eine Kategorie aus und generiert über den Button »Neue Frage« per Zufall die nächste Frage.

Wer den digitalen Stuhlkreis für andere Zwecke einsetzen möchte, kann außerdem über eine Freitextfunktion eigene Fragen, Statements oder Namen einfügen, aus denen dann wiederum per Zufall ausgewählt wird – zum Beispiel wenn ein Teilnehmer aus einem Personenkreis ausgewürfelt werden soll oder mehrere gleichrangige Alternativen zur Wahl stehen (z. B. Ausflugsziele). Die Entwickler des Tools erweitern die Sets fortwährend und freuen sich über Anregungen aus der Community. Für internationale Nutzer oder den Einsatz im Fremdsprachenunterricht stehen auch eine englische und eine spanische Version zur Verfügung.

<https://digitaler-stuhlkreis.de>

Termine

Online-Konferenz

Visionen für die Schule

Die *Konferenz Bildung Digitalisierung* steht dieses Jahr unter dem Motto »In Progress – Visionen für das System Schule«. Das Programm besteht aus drei Themenblöcken, die sich mit zentralen Fragen der digitalen Bildung befassen: »Haltung, Mindset und professionelles Selbstverständnis in der Digitalität«, »Lehren und Lernen in der Digitalität« sowie »Rahmenbedingungen in der Digitalität«.

10.11.–12.11.2021 Online
www.forumbd.de/veranstaltungen/konfbd21/

Online-Kongress

Leadership in der Lehrerbildung

Wie sieht die Lehrerbildung der Zukunft aus? Inwiefern verändert sich die Rolle der Lehrkraft? Welche Lernformen und -kulturen werden sich etablieren und welche können verabschiedet werden? Diesen Fragen widmet sich das 11. »Forum Leadership in der Lehrer*innenbildung«, zu dem die Stiftung der Deutschen Wirtschaft einlädt.

18.11.–19.11.2021 Online
www.sdw.org/fileadmin/website/Downloads/SKG/SaveTheDate_ForumLidL21_Final.pdf

Online-Workshop

Handlungsstrategien gegen Parolen in der Schule

Was kann man gegen sexistische, ausländerfeindliche, homophobe oder antisemitische Parolen tun? Welchen Rahmen gibt der Beutelsbacher Konsens bei der politischen Diskussion im Unterricht vor? Und wo liegen die Grenzen der Auseinandersetzung? Der Workshop »Handlungsstrategien im Umgang mit Parolen in der Schule« klärt diese Fragen in Form eines Argumentationstrainings für Lehrkräfte aller Schulformen und Jahrgangsstufen.

13.12.2021, 15:00–18:45 Uhr Online
www.bpb.de/medienzentrum-virtuell

Kongress

Qualitätsoffensive Lehrerbildung

Der hybride Kongress der Qualitätsoffensive Lehrerbildung lädt zum Austausch über die (aktuelle) Rolle der Lehrerbildung ein und informiert über gelungene Ansätze aus den Projekten.

22.11.–23.11.2021 Hybrid
 bcc Berlin Congress Center

www.qualitaetsoffensive-lehrerbildung.de/de/dritter-programmkongress-11-2020-2285.html

Online-Workshop

#excitingedu Digital

Der Online-Workshop *#excitingedu Digital* widmet sich dem Einsatz digitaler Medien im Unterricht – von Methoden über passende Tools für das kollaborative Arbeiten bis hin zu einem nachhaltigen Medienentwicklungsplan.

01.12.2021, 14:00–17:30 Uhr Online
<https://excitingedu.de/veranstaltungen/excitingedu-2021/>

